

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HANS-JOACHIM LIEBER

## Erkenntnistheoretischer und politischer Pragmatismus in der Philosophie Lenins

Einer der Hauptlehrsätze des dialektischen Materialismus postuliert die unaufhebbare Einheit von Theorie und Praxis. Zweifellos geht dieses Postulat auf Karl Marx zurück, und zwar insbesondere auf die berühmte zweite These über Feuerbach aus dem Jahre 1845, in der es heißt: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.“ Hält man sich nun vordergründig an den Wortlaut dieser Marxschen These, so muß Marx als Repräsentant eines philosophisch-erkenntnistheoretischen Pragmatismus erscheinen. Tatsächlich jedoch ist der von Marx in dieser These behauptete Zusammenhang von Denken und Handeln weit diffiziler und — man darf sagen — idealistischer gefaßt und gedeutet, denn Marx ist gerade hier echter Hegelianer.

Als Schüler Hegels ist ihm eines selbstverständlich: die Idee einer sich in der Identität von Vernunft und Wirklichkeit vollendenden Geschichte. Sein Bruch mit Hegel besteht vor allem darin, daß er die Geschichte nicht in dieser Identität schon als erfüllt begreift, sondern unter dem Aspekt einer die Erfüllung erst noch begründenden Veränderung sieht.

Das philosophische Fundament dieses geschichtsrevolutionären Aspektes ist bekanntlich jene anthropologische Konzeption, nach der der wirkliche Mensch der arbeitende Mensch ist und nach der seine eigentliche Wirklichkeit in der sozialen Arbeitswelt besteht. Diese seine eigentliche Wirklichkeit als wahre Wirklichkeit zu finden, ist die geschichtliche Aufgabe des Menschen. Angesichts der Sozialstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Arbeitswelt, in der die Dialektik der Arbeit als Selbstentäußerung und Selbstgewinnung des Menschen durch den Antagonismus der Klassen, durch Ausbeutung und Privateigentum zu einem Verdinglichungs- und Entfremdungszusammenhang erstarrt ist, kann die Selbstverwirklichung, die Emanzipation des Menschen nicht ein Akt bloßer Bewußtheit, sondern muß sie ein Akt aktiv-revolutionärer Gestaltung der sozialen Arbeitswelt sein. Sie ist damit zugleich ein Akt, in dem sich die bisherige Geschichte als Geschichte vollendet und erfüllt. Das Bewußtsein der Geschichte, die Theorie, wird Medium einer Selbstverständigung der die Wahrheit des Menschen begründenden und findenden sozialrevolutionären Aktion. Im Denken, in der philosophischen Analyse der Geschichte, versichert sich das die Geschichte vollendende revolutionäre Handeln seiner Legitimation aus der Geschichte.

Die Philosophie weist damit jedoch über ihre bisherige Gestalt, als bloße geschichtskontemplative Theorie hinaus; sie vollendet sich als Philosophie in ihrer echten humanen Funktion, indem sie sich als bloße Theorie aufhebt und in der sozialrevolutionären Aktion erfüllt. Diese

Gedanken stehen hinter den bekannten Marxschen Worten: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“

Wird von hier aus verständlich, daß die Marxsche These einer notwendigen Einheit von Theorie und Praxis die Theorie nicht nur pragmatisch zum handlungsdienlichen Mittel degradiert, sondern den dialektischen Zusammenhang von Selbstverständnis und Selbstverwirklichung in der Geschichte begrifflich zu fassen sucht, so ist nun weiter daran zu denken, daß nach Marx auf Grund der bestehenden bürgerlichen Sozialstruktur sich nur das Proletariat als zur Erfüllung und Vollendung der Geschichte in Aktion und Bewußtsein befähigt und zugleich berufen

### INHALT DIESER BEILAGE:

Hans-Joachim Lieber

**Erkenntnistheoretischer und politischer Pragmatismus  
in Philosophie Lenins**

Ernst Halperin

**Jugoslawien und die Sowjetunion (S. 203)**

erweist. Trägt es auf Grund seiner sozialen Situation die Wahrheit der Geschichte in seiner Existenz als Klasse potentialiter in sich, so ist ihm zugleich in seinem Selbst- und Missionsbewußtsein die Wahrheit garantiert. Und diese potentielle Wahrheit in sozialer Existenz und Bewußtheit des Proletariats eben verwirklicht sich, indem sich das Proletariat im sozialrevolutionären Akt mit seinem Gegner zugleich selbst vernichtet und in der Gestaltung der kommunistischen Gesellschaft den Menschen zum Menschen befreit.

Zweifellos bildet das Fundament dieser Lehre von Marx der ihn voll und zutiefst erfüllende Glaube, daß die so gekennzeichnete Einheit von Theorie und Praxis, Gedanke und Tat etwas sich spontan im Geschichtsprozeß Durchsetzendes ist, daß das Proletariat geschichtsnotwendig in Aktion und Bewußtheit zu sich selbst und zu seiner über sich als Klasse hinausweisenden Mission finden wird. Damit ist aber nun auch die Stelle bezeichnet, an der Lenin, trotz seines Festhaltens an den geschichtsmissionarischen und sozialrevolutionären Grundsätzen von Marx gerade in bezug auf das Postulat einer Einheit von Theorie und Praxis die Akzente wesentlich anders setzt als Marx.

Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis bleibt nicht etwas ursprünglich sich Gestaltendes, sondern wird bei Lenin recht eigentlich

zu etwas Gefordertem, zu einer Norm, die durch einen bewußten Willenseinsatz allererst zu aktualisieren, und d. h. herzustellen ist. Seine Worte — aus der Schrift: „Was tun?“ —: „*Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben*“ deuten diese Umakzentuierung an: die Theorie bleibt nicht Element einer revolutionär-geschichtlichen Selbstverständigung des Proletariats, sondern sie wird zur richtungsweisenden Gestaltungskraft der revolutionären Aktion selbst, zum Instrument der Formierung des Proletariats als revolutionärer Klasse.

Grundlegend hierfür ist Lenins Unterscheidung zwischen dem „spontanen“ und dem „bewußten“ Element in der Gestaltung der Revolution und zwischen dem Proletariat als „Masse der Proletarier“ und dem Proletariat als klassenkampfbewußter, revolutionärer Einheit. Lenin ist

soweit Marxist, daß er dem Proletariat auf Grund der geschichtlichen Entwicklungsgesetzlichkeit ein Gravitieren zum Sozialismus hin zuerkennt. Aus eigener Kraft, spontan, gelangt aber das Proletariat nach Lenin immer nur zu einer gewerkschaftlichen Einstellung und Organisation, sein Bewußtsein bleibe reformistisch und tradeunionistisch, im Mittelpunkt des Verhaltens und der politischen Aktion stehe der Kampf um die Verbesserung von Arbeits- und Lohnbedingungen. Insofern als sich dieser Kampf jedoch im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abspiele, im angezielten Kompromiß diese Ordnung recht eigentlich sanktioniere, und nicht negiere, stelle das Proletariat auf Grund seiner Lage aus sich heraus zwar eine revolutionäre Potenz, nicht aber schon eine revolutionäre Realität und Macht dar.

## Erfolg der Revolution hängt vom Klassenbewußtsein ab

Erfolg und Vollzug der Revolution hängen nämlich nach Lenin gar nicht primär von der Klassenlage, sondern vielmehr von der Klassenbewußtheit ab. Erst in der Einheit einer radikal kämpferischen, die Existenz des politisch-sozialen Gegners total negierenden Klassenbewußtheit formiert sich das Proletariat als revolutionäre Klasse. Ist die Klasse der Proletarier spontan zur Erringung eines solchen, ihre Einheit als Klasse konstituierenden Bewußtseins nicht befähigt, so resultiert daraus die Aufgabe einer breit angelegten Aufklärungsarbeit unter den Massen des Proletariats mit dem Ziel revolutionärer Bewußtseinserschließung.

In der Beantwortung der Frage, wem nun diese für die Revolution notwendige Aufklärungsarbeit als Aufgabe obliegt, entwickelt Lenin seine weithin bekannten Ansichten über Funktion, Charakter und Organisation der bolschewistischen Partei.

Wenn die erste Voraussetzung der Revolution und ihres Erfolges die proletarische Bewußtheit und wenn der Kernpunkt dieser Bewußtheit die Bedingungslosigkeit des Klassenkampfes ist, dann muß die vordringlichste Aufgabe einer proletarischen Partei darin bestehen, aus der Masse der zahlreichen, aber ungegliederten, ausgebeuteten Arbeiter überhaupt erst einmal eine einheitliche Klasse zu bilden, das heißt, das Proletariat zu einer Einheit zu formen. Eben deshalb kann diese Partei auch nicht das ganze Proletariat umfassen, sondern muß in einer kleinen, zentral gelenkten Führungsgruppe bestehen, deren Mitgliedschaft strengen Auswahlprinzipien und einer scharfen Kontrolle ihrer revolutionären Bewußtheit unterliegt. Nur diese zur Führung im revolutionären Kampf berufene Partei kann den Erfolg der Revolution garantieren.

Die Aufgabe einer sozialistischen politischen Partei ist der bedingungslose politische Kampf gegen die herrschende Klasse mit dem Ziel ihrer totalen Vernichtung. Ihr Ziel ist und bleibt also nach Lenin die totale gesellschaftliche Revolution; das Mittel dazu ist der schonungslose Ideologieverdacht, und der zu beschreitende Weg besteht in der Gründung und Organisation einer Partei der Berufsrevolutionäre, die in der Übergangsphase der Diktatur des Proletariats auch zur Führung berufen sei und alles Recht auf ihrer Seite habe. Mit diesen Gedanken hat Lenin dem Werk von Marx entschieden Neues und Eigenes hinzugefügt: die Theorie vom Führungsanspruch und den Führungsaufgaben einer proletarischen Elite.

Es ist hier nicht der Ort, die Differenzierungen dieser Theorie bis zu dem Buch „Staat und Revolution“ und bis zu den programmatischen Äußerungen während der Revolutionszeit, sowie die Bedeutung dieser Theorie für den Vollzug der Revolution, für das Verhältnis zwischen Bolschewiki und Sowjets und für Lenins Vorstellung einer „demokratischen“ Diktatur, eines demokratischen Zentralismus zu erörtern. Für uns handelt es sich um die Konsequenzen, die sich aus der Theorie vom Führungsanspruch einer parteilich organisierten proletarischen Avantgarde für die Lehre einer notwendigen Einheit von Theorie und Praxis ergeben.

Sie bieten sich von selbst an: da die Spontaneität, die Eigengesetzlichkeit des ökonomisch bestimmten Geschichtsprozesses die Revolution zwar vorbestimmt, aber das Proletariat als Gesamtheit der Proletarier

auf Grund der sich nicht ebenso spontan herstellenden Einheit von sozialem Sein und Bewußtsein nur virtuell eine revolutionäre Kraft darstellen, wird das Bewußtsein für Lenin zum primären Gestaltungs- und Vollzugselement der Revolution. Auch für diese These kann sich Lenin formal noch auf Marx berufen, hatte doch dieser davon gesprochen, daß das Bewußtsein selbst zur materiellen Gewalt wird, wenn es die Menschen ergreift. Aber gerade dieser Marxsche Satz wird im Denken Lenins zur Grundlage der Legitimation des Führungsanspruches der proletarischen Avantgarde, denn das Ergreifen der Massen durch die revolutionäre Bewußtheit ist eben nicht spontan sich herstellende Identität von Aktion und Reflexion, sondern es ist Ergebnis einer zielgerichteten politisch-sozialen Aufklärung der Massen. Insofern als diese Aufklärung für Lenin nicht Selbstaufklärung des Proletariats sein kann, fällt sie als Aufgabe zielbewußter und gesteuerter Aktion jener besonders revolutionärbewußten Avantgarde des Proletariats anheim, in der sich der geschichtlich-revolutionäre Auftrag des Proletariats und sein Bewußtsein gleichsam inkarniert.

Das aber bedeutet: von einer ursprünglichen Identität von Bewußtsein und Aktion kann nach Lenin eigentlich nur in bezug auf die proletarische Avantgarde, d. h. aber konkret: in bezug auf die Partei der Bolschewiki gesprochen werden. In den Händen der Partei verwandelt sich demzufolge die Funktion der Theorie, sie wird zum Instrument einer steten revolutionären Aktivierung der Massen. Ohne die Partei gelangt das Proletariat weder zum Bewußtsein seiner historischen Mission, noch zu einer diese Mission erfüllenden Aktion. Es ist die Partei, die die geschichtlich notwendige und geforderte Einheit von Theorie und Praxis recht eigentlich erst schafft, ohne sie und ihre Aktivität ist diese Einheit im umfassenden Sinne nicht möglich. So findet das Proletariat eben nur durch die Partei in Bewußtsein und Aktion zu seiner eigenen geschichtlichen Wahrheit.

Es mag von hier aus verständlich werden, wieso die Lehre einer notwendigen Einheit von Theorie und Praxis bei Lenin in der bekannten Forderung einer bedingungslosen Parteilichkeit des Denkens kulminiert, und warum sich für Lenin Parteilichkeit und Wahrheit das Bewußtsein nicht ausschließen, sondern im Gegenteil gegenseitig bedingen, ja sogar identisch sind. Manifestiert sich die Wahrheit der Geschichte auf Grund der skizzierten Gedankengänge in der theoretisch profilierten Aktion der Partei, so ist die Bindung des Bewußtseins an die Partei mit logischer Konsequenz der einzige Garant einer Wahrheit des sozialen Seins und Bewußtseins des zur Erfüllung der Geschichte und seiner eigenen Aufhebung berufenen Proletariats. Ich spreche nicht zuletzt deshalb von einem berufenen Pragmatismus in der Philosophie Lenins, weil er auf die gekennzeichnete Weise die philosophische Theorie der Geschichts- und Sozialentwicklung zum dienstbaren Instrument einer Legitimierung von Führungs- und Herrschaftsansprüchen seiner eigenen Partei um- und ausgeformt hat. Die Einheit von Theorie und Praxis wird selbst zur Theorie politisch-pragmatischer Observanz, die ihren

Hütern und Gestaltern in der geforderten Parteilichkeit des Denkens den eigenen Herrschaftsanspruch ideologisch sichert und sich in dieser Sicherung ihrer Wahrheit auch politisch vergewissert.

Doch kann bei den bisher dargestellten politisch-pragmatischen Elementen in Lenins Denken von einer umfassenden pragmatistischen Philosophie, und d. h. vor allem Erkenntnistheorie, noch keine Rede sein. Das Denken, das in pragmatischer Weise zum Instrument der Legitimierung politischen Wollens wird, ist das sozialphilosophische Selbstverständnis und Selbstbewußtsein einer revolutionären Gruppe.

## Postulat einer Einheit von Theorie und Praxis

Dennoch ist Lenin in seinem Denken bei einer pragmatisch-politischen Philosophie der Geschichte und Gesellschaft nicht stehengeblieben, sondern hat sie durch eine umfassende Ontologie und Erkenntnistheorie, den eigentlichen dialektischen Materialismus, überhöht. Das im Mittelpunkt seines Denkens stehende Postulat einer Einheit von Theorie und Praxis läßt es jedoch nicht zu, diesen Sachverhalt lediglich als zufällige, äußerliche oder akzidentelle Bestimmung seiner geistig-politischen Existenz zu begreifen. Der Interpret ist vielmehr gerade da gezwungen, hintergründige Motivationen aufzuspüren, die es gestatten, den inneren Zusammenhang von Theorie und Praxis der Politik, Ontologie und Erkenntnistheorie zu begreifen.

Ein solches Begreifen der strukturellen Verbundenheit von Politik, Ontologie und Erkenntnistheorie ist dabei von Lenin selbst gefordert, steht es für ihn doch unbezweifelbar fest, daß nur die umfassende Philosophie des dialektischen Materialismus die Wahrheit politisch-revolutionärer Selbstverständigung und Aktion garantiert. Lenin erweist sich damit als ein getreuer Anhänger der philosophischen Versuche Engels', die ja auch darin gipfelten, den historischen Materialismus Marxs durch eine ontologische und erkenntnistheoretische Verallgemeinerung umfassend philosophisch zu fundamentieren.

Im Mittelpunkt dieser Versuche Engels stand dabei bekanntlich das Bemühen, die Dialektik – verstanden als Kampf der Gegensätze – als Gestaltungsprinzip alles Seienden und zumal auch der Natur nachzuweisen, und die These einer Abhängigkeit des Bewußtseins vom Sein zu einem übergreifenden sowohl ontologischen als auch erkenntnistheoretischen Postulat auszuweiten. Konkret war er dabei auf die Problemstellungen eines an den Naturwissenschaften seiner Zeit orientierten Materialismus hingewiesen. Er mußte die Thesen seines dialektischen Materialismus als mit den Ergebnissen naturwissenschaftlicher Erkenntnis vereinbar nicht zuletzt deshalb zu beweisen suchen, weil Eugen Dühring gerade diese Möglichkeit bestritten hatte und damit nicht ohne Einfluß auf die Führung der Berliner Sozialdemokratie geblieben war. Engels war die Lösung dieser Aufgabe – wenn auch unvollkommen – dadurch gelungen, daß er zunächst eine nicht ontologisch-materialistische, sondern erkenntnistheoretisch-realistische Definition der Materie vorlegt, diese dann jedoch Zug um Zug mit Bestimmungen einer dialektisch-materialistischen Ontologie anreichert und schließlich Forschungsergebnisse der zeitgenössischen Naturwissenschaften gemäß den vorgegebenen Deutungsschematismen seines dialektischen Materialismus interpretiert.

Lenin ist durch sein rückhaltloses Bekenntnis zur geistigen Welt von Marx und Engels, zum historischen und dialektischen Materialismus, zwar an die von Engels vorgegebenen ontologischen und erkenntnistheoretischen Postulate gebunden, er kann sich jedoch mit ihrer einfachen Annahme oder Übernahme nicht begnügen. Die Problemsituation der Naturwissenschaften hat sich gegenüber den Zeiten der Englischen Konzeptionen nicht nur radikal geändert, sondern dahin zugespitzt, daß die Naturwissenschaftler selbst im Zuge der Entdeckung der energetischen Struktur des Atoms an der Gültigkeit des Materiebegriffes zu zweifeln begannen. Die These vom „Verschwinden der Materie“ steht nicht zufällig im Mittelpunkt der naturwissenschaftlich-philosophischen Diskussion seiner Zeit.

Indem sich dieses politisch-revolutionäre Selbstverständnis vermöge der behaupteten Einheit von Theorie und Praxis einerseits als zielgebendes Element der Praxis begreift, andererseits sich seine Wahrheit von eben dieser Praxis aus beweist, ist der Sanktionierungszusammenhang des politischen Pragmatismus eigentlich in sich geschlossen. Die Dialektik von Rechtfertigung der Aktion aus der Theorie und der Rechtfertigung der Theorie aus der Aktion, wie sie in Lenins politischer Philosophie vorliegt, ist eben wegen dieser Geschlossenheit im Grund einer weiteren philosophischen Fundamentierung nicht bedürftig.

Die Deutschen Mach und Avenarius zogen in ihrer empirikritizistischen Philosophie daraus die Konsequenz, indem sie behaupteten: die Welt ist dem erkennenden Menschen zunächst und unmittelbar in der Empfindung gegeben. Alle Begriffe, mit denen wir uns gemeinhin verständigen, sind nichts anderes als Zeichen für solche unmittelbaren Empfindungen und Empfindungszusammenhänge. Sie sind gleichsam nichts anderes als gedankliche Symbole, die der Verständigung unter den Menschen dienen und diese Verständigung erleichtern, die aber in der Wirklichkeit selbst keine Entsprechung haben.

Und man behauptet nun, daß die Ausbildung solcher Begriffe und die Formulierung von Naturgesetzen im Leben wie in der Wissenschaft ein Prozeß sei, der darin seine Grundlage habe, daß der Mensch sich um eine Ersparnis seiner Gehirntätigkeit, um eine Ökonomie des Denkens bemühe. Wenn also schon alle Erkenntnis sich auf Empfindungen und Empfindungszusammenhänge zurückführen lasse, so sei doch die Begriffsbildung für den Menschen notwendig und seine eigentliche Erkenntnisleistung. Denn Erkennen ist eigentlich nichts anderes als Ordnung der Empfindungen mit den Mitteln des Begriffes zum Zwecke einer möglichst einfachen Verständigung und einer möglichst großen Ersparnis der Geistestätigkeit. Die Leistung des wissenschaftlichen Denkens also beruht vor allem in einer Vereinfachung der Verständigung zwischen den Menschen über ihre Empfindungsinhalte.

Wie immer man die Leistung dieser Philosophie für die Lösung der naturwissenschaftlichen Problematik heute einschätzen mag, es ist nicht zu verkennen, daß der in ihr enthaltene Nominalismus jeder materialistischen Ontologie eigentlich den Boden entzog. Dennoch wäre der Kampf Lenins gegen diese Philosophie in der Schärfe, in der er von ihm geführt wurde, kaum verständlich, wenn nicht der Empirikritizismus zum philosophischen Standort auch einer Gruppe von Bolschewiki geworden wäre, die unter Führung von Bogdanow stand, und wenn nicht gerade diese Gruppe von den Grundlagen dieser Philosophie aus auch zu einer von Lenin unterschiedenen Revolutionstheorie gelangt wäre.

Bogdanow greift den Empirikritizismus auf und formt ihn dahingehend aus, daß Erkenntnis nicht anderes sei, als Organisation von Empfindungselementen. Insofern jedoch als uns die Wirklichkeit nur in Empfindungen vermittelt ist, ist sie als erkannte Wirklichkeit Produkt dieser organisierenden Tätigkeit. Ihre Objektivität gründet in der sozialen Übereinkunft über die Begriffe als Organisationsprinzipien. Philosophie als Lehre von der Wirklichkeit und ihrer Erkenntnis wird demzufolge zur Organisationswissenschaft, zur Tektologie. Und daraus ergeben sich dann auch nach Bogdanow Konsequenzen für die politisch-revolutionäre Theorie.

Wenn Marx gefordert hatte, die Philosophie habe die Welt zu verändern, so glaubt Bogdanow dieser Forderung mit seiner Organisationswissenschaft gerecht zu werden. Wie das Denken ein Organisieren von Erfahrungselementen ist, so ist überhaupt jede menschliche Tätigkeit schlechthin eine organisierende. Der Sinn jeder Organisation liegt in der Herstellung von Gleichgewichtszuständen zwischen den verschiedensten gegeneinander gerichteten Kräften. Jedes einmal errungene Gleichgewicht jedoch kann immer wieder erneut dadurch gestört werden, daß Kräfte auftreten, die in dem bisherigen Gleichgewichtszustand nicht gebunden waren. In diesem Sinne wird ihm dann der Kampf um das Gleichgewicht nicht nur zum obersten Prinzip menschlich organisieren-

der Tätigkeit, sondern auch zum Entwicklungsgesetz der Welt und der Geschichte. Dialektik ist nach Bogdanow ein Kampf um die Aufhebung von Gleichgewichtsstörungen, die sich aus dem Gegeneinander verschieden gerichteter Kräfte ergeben.

Das Bewußtsein ist dann nicht nur eine ideologische Widerspiegelung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern es ist — und das ergibt sich aus der Bedeutung, die Bogdanow der organisatorischen Erfahrung für die Gesellschaftsgestaltung zuerkennt — selbst die entscheidende gesellschaftsgestaltende Kraft. Das hat dann auch ganz bestimmte Konsequenzen für seine Gesellschafts- und Revolutionstheorie. Für Bogdanow ist die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen nicht primär das Ergebnis des unterschiedlichen Besitzes an Produktionsmitteln, sondern des unterschiedlichen Besitzes an organisatorischer Erfahrung. Die herrschende Klasse ist für ihn die Klasse der Produktions-Organisatoren. Und der Weg zur Aufhebung der sozialen Klassengegensätze, zur Herstellung des sozialen Gleichgewichtes, ist daher auch ein anderer als Marx meinte. Es kommt nicht so sehr auf die Sozialisierung des Eigentums an, auf die Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Arbeiterklasse, sondern es kommt auf eine Sozialisierung der organisatorischen Erfahrung an, darauf also, daß das Proletariat zum Erwerb einer solchen Erfahrung befähigt wird und an den Schlüsselstellungen teilgewinnt, von denen aus die Gesellschaft organisiert wird. Hieraus ist ersichtlich, wie Bogdanow von einer neuen philosophischen Grundlegung des Marxismus aus auch zu einer abweichenden Revolu-

tionstheorie gelangt, die nicht mehr entschieden an dem Gedanken des bedingungslosen Klassenkampfes festhält.

Diese hier nur skizzierte, durch eine vom dialektischen Materialismus abweichende Philosophie begründete Revolutionstheorie Bogdanows ist der Schlüssel zum Verständnis von Lenins Bemühungen um die Grundlegung des dialektischen Materialismus angesichts einer gegenüber Engels veränderten naturwissenschaftlichen Problemsituation. Es erweist sich nämlich, daß politische Notwendigkeiten, daß Postulate der Revolutionstheorie die Ausarbeitung des dialektischen Materialismus durch Lenin begründen. Der philosophische Gedanke, der in dem so entstehenden Werk Lenins seine Darstellung findet, entfaltet sich nicht genuin an einer philosophischen Problemsituation, die ihn zur kritischen Bewährung aufruft. Er stellt sich vielmehr pragmatisch in den Dienst eines revolutionären Wollens, das in seiner Tendenz und Legitimierung sich als durch die veränderte naturwissenschaftlich-philosophische Problemsituation gefährdet ansieht.

Die Philosophie hat sich daher auch hier, d. h. in der Behandlung einer neuen, nicht unmittelbar politischen, sondern naturwissenschaftlich geprägten Problemsituation — gemäß der postulierten Einheit von Theorie und Praxis — als Element einer Gestaltung und Legitimierung der politisch-revolutionären Praxis zu bewähren. Und diese Bewährung, wie sie sich im Werk von Lenin abzeichnet, weist dabei nicht zufällig in die Richtung der Konstituierung einer Erkenntnistheorie, sind es doch Resultate der naturwissenschaftlichen Erkenntnis, die die neue philosophische Problemsituation begründen.

## Versuch einer philosophischen Sicherung des Materialismus

Lenins Versuch einer philosophischen Sicherung des Materialismus nämlich gipfelt primär gar nicht in einem Materialismus als Ontologie, sondern in einem Realismus als Erkenntnistheorie. In Verkennung der Tatsache, daß die von jedem philosophischen Materialismus im strengen Sinne behauptete Abhängigkeit des Bewußtseins vom Sein ein ontologisches Postulat ist, argumentiert Lenin erkenntnisrealistisch, und behauptet: der Begriff der Materie meint lediglich den Sachverhalt, daß es eine vom Bewußtsein unabhängig existierende Außenwelt gibt, die allem Bewußtsein vorgegeben, auf die es hingewiesen, von der es im Erkenntnisvollzug abhängig ist.

Lenin sucht diese Behauptung durch eine Unterscheidung zwischen einem philosophischen und einem naturwissenschaftlichen Materiebegriff zu sichern und zu stützen. Der naturwissenschaftliche Begriff der Materie enthält, so meint Lenin, inhaltlich bestimmte Aussagen über die Eigenschaften des Seienden. Er betrifft allein das der naturwissenschaftlichen Erkenntnis zugängliche Aufbau- und Gliederungsgesetz der Welt. Was die Naturwissenschaften jedoch über die besondere Gestalt dieses Gesetzes und damit über die inhaltlich besonderen Eigenschaften der Materie (Wirklichkeit) im einzelnen aussagen, ist abhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der experimentellen Gegenstandszergliederung und Gegenstandsbeobachtung. Wie sich die Erkenntnismethoden der Naturwissenschaften ständig wandeln und zunehmend verfeinern, so wandelt sich fortschreitend auch unser Wissen um die besonderen Bestimmungen und Eigenschaften der Materie. Das aber bedeutet: der naturwissenschaftliche Materiebegriff ist nicht absolut, sondern nur relativ auf den geschichtlichen Erkenntnisfortschritt gültig. Die Geltung der in ihm enthaltenen, inhaltlich je besonderen Aussagen über die Eigenschaften der Materie ist von dem Erkenntnisfortschritt in der Zeit abhängig. Hier gibt es grundsätzlich kein endgültiges und fertiges Wissen von der Materie.

Anders verhält es sich jedoch nach Lenin mit dem philosophischen Materiebegriff. Er enthält keine besonderen Eigenschaftsbestimmungen der Materie, sondern nur die grundsätzliche Behauptung darüber, daß es eine unabhängig vom erkennenden Bewußtsein bestehende Wirklichkeit gibt, auf die alles Erkennen zugeordnet ist. Im philosophischen Sinne sei der Begriff der Materie nur eine Kategorie, das heißt, eine für das Denken verbindliche Aussageweise zur Bezeichnung der objektiven (bewußtseinsunabhängigen) Wirklichkeit der Welt und ihrem grund-

sätzlichen Vorrang vor allem Erkennen. Nur an diese Grundauffassung über das Verhältnis des Erkennens zum Gegenstand sei der philosophische Materialismus gebunden.

Die Bedeutung dieser Begriffsunterscheidung liegt auf der Hand: Lenin ist nicht gezwungen, den Erkenntnisfortschritt in den Naturwissenschaften zu leugnen, und er hat dabei zugleich die Chance, die für seine politische Theorie so eminent wichtige Behauptung einer durchgängigen Abhängigkeit des Bewußtseins vom Sein als umfassend gültig aufrechtzuerhalten, denn, das ist der Sinn der Unterscheidung: keine Einzelwissenschaft vermag die Geltung der These von einer dem Bewußtsein vorgegebenen, objektiven Wirklichkeit außer Kraft zu setzen. Die Wissenschaft tangiert hier die Philosophie nicht.

Konsequent zu Ende gedacht, würde das freilich zugleich bedeuten, daß sich die realistische Philosophie jeden Versuch einer eigenen Aussage über die Struktur des Seins versagen müßte, sondern dabei vom Erkenntnisfortschritt der Einzelwissenschaften abhängig wäre. Zu solchen Konsequenzen kann sich Lenin — wieder aus Gründen der politischen Position — nicht entschließen, denn für die politische Aktion ist die Annahme einer dialektischen Struktur des materiell bestimmten geschichtlichen Seins konstitutiv. Soll gemäß den Intentionen von Engels, denen sich Lenin anschließt, diese politische Aktion durch eine umfassende Philosophie ontologisch gestützt werden, dann ist es notwendig, die zunächst erkenntnisrealistische Begriffsbestimmung der Materie inhaltlich — und zwar unabhängig von den Resultaten der Einzelwissenschaften — so anzureichern, daß die Dialektik, verstanden als Kampf der Gegensätze, als Grundbestimmung der Materie, des bewußtseinsunabhängigen Seins, erscheint. In der Tat hat Lenin Zug um Zug — beginnend mit dem schon erwähnten philosophischen Hauptwerk und aufgipfelnd in seinen philosophischen Heften — die zunächst eingenommene, realistische Position zu einer eben dialektisch-materialistischen Ontologie um- und ausgeformt.

Die eigentümlich doppelgesichtige Situation der sowjetischen Wissenschaften: im experimentellen Forschen politisch frei, in der allgemeinen Aussage politisch-dogmatisch gebunden zu sein, hat in dieser ontologischen Ausdeutung der zunächst realistischen Definition des Materiebegriffes ihren sachlichen Grund.

Die Thematik des Vortrages verbietet es, auf diese Ausgestaltung des Diamat zur Ontologie einzugehen. Die thematische Beschränkung

auf den strukturellen Zusammenhang von politischem und erkenntnistheoretischem Pragmatismus im Denken Lenins bleibt jedoch aufschlußreich genug, denn sie zeigt, daß auch die Erkenntnistheorie im politisch-funktionalen Zusammenhang von Lenins Denken sich ihren Ort bestimmt, und wirft sie ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf die erwähnte Situation der Wissenschaft.

Folgende These ist nämlich das erkenntnistheoretische Grundpostulat Lenins: „Vom lebendigen Anschauen zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis — das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der Wahrheit, der Erkenntnis der objektiven Realität“. Dieses Postulat führt über die zunächst realistische Konzeption hinaus, indem die Praxis als Kriterium der Wahrheit jeder Erkenntnis angegeben wird.

Wie jeder konsequente philosophische Realismus zu einer erkenntnistheoretischen Position führt, die Erkenntnis als Abbild einer bewußtseinsunabhängigen Wirklichkeit im Bewußtsein begreift, so ist auch Lenin zunächst Vertreter einer solchen Abbild- oder Widerspiegelungstheorie. Um aber nicht einem sensualistischen Realismus mit seinen subjektivistischen Implikationen zu verfallen, behauptet er, daß die Wirklichkeit zwar unmittelbar nur in der Empfindung gegeben oder vermittelt, diese Empfindung aber durch abstrahierende Akte des Denkens erst zur Erkenntnis im strengen Sinne gestaltet wird.

Ist dieser Sachverhalt der empfindungsordnenden Funktion des Denkens zuerkannt, dann erhebt sich mit innerer Folgerichtigkeit freilich die Frage, an welchen Kriterien sich dieses Denken der Wahrheit seiner ordnenden Verarbeitung der Empfindung als Element der Erkenntnis vergewissert, seiner Wahrheit, d. h. seines Zutreffens auf die bewußtseinsunabhängige Wirklichkeit. Als alleiniges Kriterium dieser Wahrheitsvergewisserung wird in dem erwähnten Zitat die Praxis angegeben. Das zeigt nicht nur, daß Lenin auch im Bereich der Erkenntnistheorie am Postulat der Einheit von Denken und Handeln festhält, sondern das führt auch zu einer — nicht einmal unfruchtbaren — Differenzierung des Wahrheitsbegriffes, zu einer Unterscheidung von absoluter Wahrheit und relativer Wahrheit.

## Die Revolution muß durch die Philosophie legitimiert werden

Die Art, in der der Mensch seine auf Naturbeherrschung abzielende Arbeit ordnet, ist ja, so meint Lenin im Anschluß an Marx, immer auch Grundlage seiner umfassenden Gesellschaftsordnung und seines gesellschaftlichen Bewußtseins. Die Befreiung des Menschen von der Natur durch ihre technisch-industrielle Beherrschung ist allein dann in einem umfassenden Sinne für den Menschen wahr, wenn sie ihn zugleich sozial befreit und das heißt, wenn sie im Dienst der Errichtung einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft steht. Den Weg zur Errichtung dieser klassenlosen Gesellschaft aber habe wissenschaftlich allein gültig die Philosophie des dialektischen Materialismus gewiesen. Nur sie bestehe daher auch die Bewährungsprobe in der gesellschaftlich-politischen Praxis. Das bedeutet einmal: jede Philosophie, die für ihre Aussagen und Erkenntnisse den Geltungsgrad wissenschaftlicher Wahrheit und Objektivität in Anspruch nehmen will, ist gezwungen, sich zum dialektischen Materialismus zu bekennen, für ihn Partei zu ergreifen. Nur eine solche bewußt parteiliche Philosophie besteht die gesellschaftlich-politische Bewährungsprobe und ist damit wahr. Das bedeutet aber weiter zugleich, daß nicht nur die Philosophie parteilich sein muß, sondern auch jedes um gegenständliche Wahrheit und Objektivität bemühte einzelwissenschaftliche Erkennen. Nur wenn sich die Wissenschaften eindeutig an die Philosophie des dialektischen Materialismus binden, entgehen sie der Gefahr, einer falschen Gesellschaftsordnung dienstbar und damit Hilfsmittel für eine soziale Unterdrückung des Menschen zu werden. Und da eine falsche Gesellschaftsordnung notwendig auch eine falsche Philosophie als Inbegriff einer umfassenden Weltorientierung erzeugt, verbürgt auch nur der dialektische Materialismus als wahre Philosophie der wahren Gesellschaft den Wissenschaften den einzigen Zugang zur wahren Erkenntnis der Welt. Es steht für Lenin unbedingt fest: nur von den Voraussetzungen einer wahren Philosophie aus kann fruchtbar einzelwissenschaftliche For-

Die absolute Wahrheit ist die Wahrheit des bewußtseinsunabhängigen Seins, der Wirklichkeit selbst. Die relative Wahrheit ist die Wahrheit des Erkennens in seiner fortschreitenden Annäherung an die absolute Wahrheit. Relativ ist sie wegen ihres Annäherungscharakters, der ja schon in der Unterscheidung zwischen philosophischem und naturwissenschaftlichem Materiebegriff konzipiert war. Ihrer Wahrheit, auch als relative, vergewissert sie sich in der Praxis, Praxis aber wird von Lenin wieder im Anschluß an Engels konkret durch zwei Begriffe näher bestimmt: durch „Experiment“ und „Industrie“.

Das zeigt, daß unter Praxis jenes Handeln zu verstehen ist, durch das sich der Mensch mit den Mitteln der Experimente, der Technik und Industrie planvoll einer Beherrschung der Natur zuwendet, diese Natur seinen selbst gesetzten Zielen entsprechend gestaltet und sie sich somit dienstbar macht. Wahr ist das Erkennen, das sich in diesem naturgestaltenden und -verändernden Handeln bewährt. Zugleich wird der Mensch durch ein solches Erkennen und Handeln frei, eben weil er sich die Natur unterwirft und ihr nicht mehr blind ausgeliefert ist. Die Praxis, in der sich eine Erkenntnis als wahr zu erweisen hat, ist also hiernach zunächst jenes auf Naturbeherrschung abzielende Handeln, das sich in der Technik, Industrie und Wirtschaft seine planvolle Ordnung gibt.

Mit anderen Worten: die Arbeitsordnung des Menschen ist als Inbegriff der Praxis Kriterium der Wahrheit des Erkennens. Diese konkrete Bestimmung dessen, was Lenin unter Praxis versteht, weist aber auf diese Weise zugleich darauf hin, daß er in seiner Erkenntnistheorie nicht bei einem beliebigen philosophischen Pragmatismus stehenbleibt, sondern ihn mit seinem politischen Pragmatismus zur Einheit verschmilzt — ja sogar verschmelzen muß. Ist die Praxis erst einmal als technisch industrielle Arbeitsordnung bestimmt, dann ist sie zugleich — nach dem Grundgedanken des historischen Materialismus, also der politisch-revolutionären Theorie — als sozial-politische Praxis bestimmt.

Die Wahrheit einer Philosophie aber erweist sich in der gesellschaftlich-politischen Praxis und da eben besteht nur der dialektische Materialismus die Bewährungsprobe. Nur er weist sowohl den Philosophen als auch dem Wissenschaftler den richtigen Weg zur Wahrheit der Erkenntnis. Und da man für die Wahrheit Partei ergreifen muß, muß man nach Lenin auf dem Boden des dialektischen Materialismus stehen.

Wenn also auch der erkenntnistheoretische Pragmatismus Lenins dem einzelwissenschaftlichen Erkennen eine politische Ungebundenheit der experimentellen Forschung zugestehen kann, die philosophische Behandlung einzelwissenschaftlicher Probleme bleibt dem DIAMAT vorbehalten. Der erkenntnistheoretische Pragmatismus weist auf dem Umweg über einen durch den historischen Materialismus, also die politisch-revolutionäre Philosophie Praxisbegriff auf den politischen Pragmatismus zurück und legitimiert sich von dort aus.

Das aber bedeutet: die Leninsche Lehre von der Praxis als dem einzigen Kriterium der Wahrheit eines jeden Erkennens wird zur Grundlage einer eindeutigen Bindung des Denkens an die als unbedingt gültig und wahr behauptete Philosophie des dialektischen Materialismus. Nicht die Praxis des Experimentes und der Industrie entscheidet in letzter Instanz über den Wahrheitsgehalt und die soziale Anerkennung wissenschaftlichen Denkens, sondern die mögliche Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in diese Philosophie und in die Zwecke des durch diese Philosophie gerechtfertigten bolschewistischen Staates. Wenn also auch Lenins Erkenntnistheorie in der Forderung nach unbedingter philosophischer Parteilichkeit des Denkens gipfelt und in der Parteilichkeit für den dialektischen Materialismus allein die Gewähr für Wahrheit und Objektivität des Denkens erblickt, dann mag das einem Unbefangenen als eine ungeheure Verfälschung des Wissenschaftsbe-

griffes erscheinen. Im Rahmen von Lenins Philosophie ist diese Gleichsetzung von Wahrheit und Parteilichkeit kein Zufall, ja, in dieser Gleichsetzung vollendet sich erst seine Philosophie. Der unbedingte Führungsanspruch der bolschewistischen Partei, den Lenin für den Bereich politischen Handelns in seiner Revolutionstheorie begründete, ist durch eine sehr eigenwillige Theorie der Erkenntnis als für alles Denken verbindlich nachgewiesen. Es ist ja aus der ganzen dargestellten Gedankenführung heraus selbstverständlich, daß Parteinahme für den dialektischen Materialismus zugleich die Bindung an die Parteiorganisation einschließt, denn sie ist Inkarnation und Hüterin der wahren Philosophie. Die Partei ist damit zur letzten und höchsten Entscheidungsinstanz nicht nur in allen Fragen der politischen Taktik, sondern auch in allen Fragen der Theorie geworden. Sie verkörpert die Einheit von Theorie und Praxis, die Einheit von politisch-revolutionärem Handeln und philosophisch-wissenschaftlichem Denken. Nur wer in seinem Denken Partei ist, und d. h., sich an die Partei bindet, ist in der Wahrheit.

Noch einmal zeigt sich in diesen Schlußfolgerungen aus Lenins Erkenntnistheorie der instrumentale Charakter seines ganzen Philosophierens. Die Philosophie Lenins ist instrumental deshalb, weil sie nicht nur in ihren Aussagen über die Gesetze und Antriebskräfte von Geschichte und Gesellschaft, sondern auch in ihrer Ontologie und Erkenntnistheorie unmittelbar und direkt der Rechtfertigung eines revolutionären

Handelns des Proletariats unter der Führung der bolschewistischen Partei dient.

Der Sachverhalt ist also nicht, wie Lenin und nach ihm die sowjetischen Philosophen behaupten, daß sich aus einer vorurteilslosen Erkenntnis der Welt die politische Revolution als notwendig und gerechtfertigt ergibt, sondern umgekehrt, weil man die Revolution als politisches Ziel will, unterzieht man sich dem Zwang, sie durch eine entsprechende Philosophie zu legitimieren. Das revolutionäre Wollen begründet den dialektischen Materialismus, nicht umgekehrt, dieser das revolutionäre Wollen.

Gerade dieses aber berechtigt zu der abschließenden Folgerung: die Philosophie Lenins ist nicht der Ausdruck kritischen, seinszugewandten Fragens eines freien Geistes, der sich in diesem Fragen seiner Freiheit vergewissert, sondern sie ist instrumentale Ideologie, also geistiges Medium der Rechtfertigung und Konsolidierung von politischen Herrschaftsinteressen einer Minderheit.

---

**Anmerkung:**

Lieber, Hans-Joachim, Dr. phil., geb. am 27. 3. 1923 in Trachenberg/Schlesien, Ordentlicher Professor an der Freien Universität Berlin, Fachgebiet: Philosophie und Soziologie.

ERNST HALPERIN

# Jugoslawien und die Sowjetunion

Aus Anlaß des Parteikongresses von Laibach, dessen politische Auswirkungen noch nicht zu übersehen sind, bringen wir einen Beitrag des ehemaligen Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Belgrad, Ernst Halperin, der durch sein Buch „Der siegreiche Ketzer“ (Kiepenheuer & Witsch) bekanntgeworden ist. Dieser Beitrag führt vorzüglich in die Problematik der jugoslawischen Außenpolitik ein, obwohl er bereits vor dem jüngsten Parteikongreß abgefaßt worden ist.

Zwei Gründe führt die jugoslawische Regierung für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Sowjetzonenregime an: erstens, daß der Sowjetzonenstaat nun einmal eine „reale Tatsache“ sei, und zweitens, daß die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten die erste Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands sei und daß Jugoslawien deshalb durch die Anerkennung des Sowjetzonenregimes einen Beitrag zur Wiedervereinigung leiste. Diese beiden Argumente sind zunächst auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

Gewiß ist der Sowjetzonenstaat eine reale Tatsache in dem Sinne, daß er eine Regierung und einen Verwaltungsapparat, eine eigene Polizei und Armee und eigene Briefmarken besitzt. Aber damit ist dieser Staat noch nicht zu einer politischen Realität geworden.

Es gibt zwei Arten von Besetzungsregimen: erstens Zivilverwaltungen, die direkt der fremden Besetzungsmacht unterstehen, und zweitens Marionettenregierungen. Diese letzteren dienen der Tarnung. Sie sollen die Tatsache verbergen, daß das besetzte Land nicht mehr selbständig ist, keine politische Realität als Staat mehr hat. Ein solches Regime als reale Tatsache anerkennen ist das gleiche, wie wenn man eine Karnevalsmaske als reale Tatsache anerkennt: real ist an dieser in Wirklichkeit nur die Pappe oder Leinwand, aus der sie fabriziert ist.

Freilich kann man nicht behaupten, daß ein Besetzungsregime niemals und unter keinen Umständen diplomatisch anerkannt werden darf. Es können zwingende Gründe für eine solche Anerkennung sprechen. Aber der Sowjetzonenstaat ist in einer noch weit schwächeren Position als ein gewöhnliches Besetzungsregime.

Der Abzug der Besetzungstruppen bedeutet in der Regel auch den Zusammenbruch des von der Besetzungsmacht errichteten Marionettenregimes. Aber meistens bleibt dann doch der bisher von diesem Marionettenregime beherrschte Staat bestehen. Er dauert entweder als konkreter Apparat oder dann doch wenigstens als ein Begriff der politischen Geographie weiter.

Bei Abzug der sowjetischen Armee aus der Sowjetzone würde aber nicht nur das dort von der Besetzungsmacht errichtete kommunistische Regime, sondern auch der ganze Sowjetzonenstaat sofort in Frage gestellt. Dieser Staat würde

dann unmittelbar vor der Gefahr stehen, durch einen Willensakt seiner Bevölkerung selbst als geographischer Begriff ausgelöscht zu werden. Denn der Sowjetzonenstaat hat keine Wurzeln in der Geschichte. Er ist das Produkt militärischer Zufälligkeiten und der politischen Willkür der Besetzungsmacht.

Nicht nur der nichtkommunistischen Welt, auch den Staatsmännern des Sowjetblocks fehlt deshalb das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit dieses Staates und der Glaube an seine Realität als politischer Faktor. Trotz aller propagandistischen Lobgesänge, die dem Sowjetzonenstaat in Regierungserklärungen und Parteidokumenten gesendet werden, und trotz seiner unzweifelhaft großen wirtschaftlichen Bedeutung für die Länder des Sowjetblocks nimmt er in Wirklichkeit in der Hierarchie dieser Länder nur eine sehr niedrige Stellung ein.

Bezeichnend ist, daß selbst der eigentliche Schöpfer des Sowjetzonenstaates, Josef Stalin, ihm keine wirkliche Bedeutung als politischer Faktor beimaß. Das geht mit aller Deutlichkeit

## Jugoslawien schuf einen gefährlichen Präzedenzfall

Wenn Stalin so das Sowjetzonenregime politisch als eine Quantité négligeable betrachtete, so waren die Ereignisse nach seinem Tod, der 17. Juni und die unaufhörliche Abwanderung aus der Zone nach Berlin und der Bundesrepublik nicht dazu angetan, seine Nachfolger zu einer höheren Bewertung der Bedeutung und politischen Rolle des Sowjetzonenregimes zu veranlassen. In der Folge haben dann die Nachfolger Stalins die diplomatische Anerkennung der Bundesrepublik vollzogen. Natürlich verfolgten sie dabei ihre eigennützigen Ziele, darunter dasjenige, einer allgemeinen Anerkennung des Bestandes zweier deutscher Staaten näherzukommen und so den status quo zu sichern. Das ändert nichts daran, daß die diplomatische Anerkennung der Bundesrepublik durch die Sowjetunion die Position des Sowjetzonenstaates weiter schwächte: die Bundesrepublik ist nun sowohl von den Westmächten wie von der Sowjetunion anerkannt, während der Sowjetzonenstaat – bis zu seiner Anerkennung durch Jugoslawien – lediglich von seinem eigentlichen Protektor und seinen Trabanten und Verbündeten anerkannt war. Mit anderen Worten: die Bun-

aus dem außenpolitischen Kapitel seiner letzten Schrift, der im Herbst 1952 veröffentlichten Broschüre „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus“ hervor. Mit großer Freimütigkeit legt er in diesem Kapitel dar, wie sich nach seiner Ansicht die internationale Lage in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gestalten werde. Und zwar sagt er voraus, daß „die beiden wichtigsten besiegten Länder, Deutschland (Westdeutschland) und Japan“, versuchen würden, „das amerikanische Joch abzuschütteln und ein selbständiges Leben zu beginnen“. Das ganze Kapitel fußt auf der Annahme, daß dies gelingen werde und daß sich daraus neue bewaffnete Konflikte zwischen den „kapitalistischen Ländern“ ergeben würden. Höchst aufschlußreich ist dabei, wie Stalin Deutschland ganz offen mit „Westdeutschland“, also mit der Bundesrepublik gleichsetzt und gar nicht die Möglichkeit in Betracht zieht, es könne durch die Lostrennung der Sowjetzone und die Errichtung eines zweiten deutschen Staates in seinem Streben nach einem „selbständigen Entwicklungsweg“ behindert werden.

desrepublik wird sowohl vom Westen wie von der Sowjetunion als staatsrechtliche Realität betrachtet, während der Sowjetzonenstaat für die gesamte nichtkommunistische Welt als eine staatsrechtliche Fiktion gilt.

Eine Änderung dieses Zustandes wäre für die Konsolidierung des Sowjetzonenstaates natürlich von größter Bedeutung. Und hier hat nun die diplomatische Anerkennung dieses Staates durch Jugoslawien einen höchst gefährlichen Präzedenzfall geschaffen.

Bisher hatten nur die Sowjetunion und ihre Verbündeten den Sowjetzonenstaat anerkannt. Die Anerkennung des Sowjetzonenstaates durch irgendeinen neutralen Staat hätte infolgedessen eine Abkehr von der Neutralität, eine Annäherung an den Sowjetblock bedeutet

Aber nun hat ein Staat das Sowjetzonenregime anerkannt, der nicht nur nicht als Verbündeter der Sowjetunion gilt, sondern der sogar mit zwei Mitgliedern des Atlantikpaktes in formellem Bündnisverhältnis steht und der von den Vereinigten Staaten finanziell unterstützt wird und bis vor kurzem sogar mit Waffen be-

liefert wurde. Wenn die Bundesregierung diesen Schritt einfach hingenommen hätte, so wäre es ihr nachher völlig unmöglich gewesen, sich gegenüber irgendeinem anderen Staate auf den Standpunkt zu stellen, die Anerkennung des Sowjetzonenstaates sei unfreundlich und unneutral, und ihn dadurch von diesem Schritte abzuhalten.

Eine so energische Gegenmaßnahme wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad war deshalb durchaus angebracht und notwendig. Es steht zwar noch nicht fest, ob die Anerkennung des Sowjetzonenstaates durch Staaten wie Indien und Ägypten dadurch auf die Dauer verhindert werden kann, aber sie ist auf alle Fälle doch hinausgezögert worden.

Bei Unterlassung der energischen Gegenmaßnahme wäre es zweifellos zu einem Erdrutsch einer ganzen Flut von Anerkennungen des Sowjetzonenstaates durch neutrale Länder des Mittleren und Fernen Ostens gekommen. Das hätte nicht nur zur staatsrechtlichen Konsolidierung dieses Staates und so zur Erschwerung der Wiedervereinigung geführt, sondern es hätte auch ganz unmittelbare politische und wirtschaftliche Nachteile für die Bundesrepublik zur Folge.

## Anerkennung Pankows — ein Beitrag zur Wiedervereinigung?

Wie steht es nun mit dem zweiten Argument der Jugoslawen, nämlich mit der Behauptung, die diplomatische Anerkennung des Sowjetzonenstaates sei ein Beitrag zur Wiedervereinigung?

Dies ist natürlich nur eine Wiederholung der alten sowjetischen Behauptung, wonach die Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten die Voraussetzung für ihre Wiedervereinigung sei. Es ist eine These, die ganz einfach dem gesunden Menschenverstand widerspricht, auch wenn sie selbst in Deutschland manche Anhänger gefunden hat. Indem man den schemenhaften Sowjetzonenstaat der Bundesrepublik gleichsetzt, trägt man in Wirklichkeit selbstverständlich zur Stabilisierung des status quo und nicht zu seiner Abänderung bei.

Damit soll nicht unter allen Umständen und auf alle Zeiten die Möglichkeit einer diplomatischen Anerkennung des Sowjetzonenstaates und selbst von Verhandlungen zwischen seinen Vertretern und den Vertretern der Bundesrepublik verneint werden. Diplomatische Verhandlungen mit der Regierung des Sowjetzonenstaates als unmittelbares Vorspiel der Wiedervereinigung könnten in der Tat eines Tages nötig werden, um der Regierung der Sowjetunion die Möglichkeit zu geben, ihr Gesicht zu wahren. Aber diese Fragen würden doch überhaupt erst dann aktuell, wenn reale, greifbare Aussichten auf die baldige Wiedervereinigung bestünden. Vorläufig ist das keineswegs der Fall.

Das weitaus Bequemste für die Sowjetunion wäre die Konsolidierung des Status quo, also die dauernde Teilung Deutschlands in zwei Staaten, von denen der eine unter ihrer strengen Kontrolle steht. Man darf mit Sicherheit annehmen,

Vor allem dank ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft genießt die Bundesrepublik heute in einer Reihe von Ländern des Mittleren und Fernen Ostens ein erhebliches Prestige. Und sie wird von den Völkern dieser Länder, ähnlich wie seinerzeit von Stalin, ganz einfach mit Deutschland identifiziert. Bei Auftauchen diplomatischer Missionen eines zweiten deutschen Staates in den betreffenden Ländern müßte die Bundesrepublik dieses Prestige mit diesem Staate, eben dem Sowjetzonenstaate, teilen. Bei Wirtschaftsverhandlungen hätte die Gegenpartei die Möglichkeit, den Sowjetzonenstaat gegen die Bundesrepublik auszuspielen: „Wenn Ihr nicht wollt, gehen wir eben zu den anderen Deutschen.“ Und das Sowjetzonenregime und die hinter ihm stehende Sowjetunion würden sich natürlich aus politischen Gründen immer wieder anstrengen, die Offerten der Bundesrepublik selbst um den Preis finanzieller Einbußen zu unterbieten.

Weit davon entfernt, die bloße Anerkennung einer realen Tatsache zu sein, ist die Anerkennung des Sowjetzonenregimes also geeignet, die realen Tatsachen auf eine für die Bundesrepublik höchst unangenehme Weise zu ändern.

daß die Sowjetregierung ihr Möglichstes tun wird, um dieses ersehnte Ziel zu erreichen. Und Ereignisse wie die diplomatische Anerkennung des Sowjetzonenstaates durch Länder, die nicht zu ihren eigentlichen Trabanten und Verbündeten gehören, sind geeignet, ihr dieses Ziel als realisierbar erscheinen zu lassen und sie in ihrer starren Haltung zu ermutigen.

Es mag zwar unter den Sowjetzonenführern Leute geben, die nicht an die Möglichkeit einer Konsolidierung des status quo glauben und unter Umständen die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer Generalbereinigung der strittigen internationalen Fragen zulassen würden. Aber vorläufig haben diese Leute keineswegs Oberwasser, und man stärkt nicht sie, sondern ihre Gegner, indem man durch Anerkennung des Sowjetzonenstaates die Konsolidierung des status quo fördert.

Die Behauptung der jugoslawischen Regierung, sie habe durch die diplomatische Anerkennung des Sowjetzonenstaates einen Beitrag

zur Wiedervereinigung Deutschlands leisten wollen, ist also unglaublich. Der wirkliche Beweggrund der jugoslawischen Regierung war offensichtlich ein anderer: Sie wollte ganz einfach der Sowjetregierung eine Gefälligkeit erweisen, um sie vom Nutzen der Zusammenarbeit mit einem formell nicht ihrem Bündnisystem angehörigen Staate zu überzeugen.

So kommt man zur Frage, weshalb denn eigentlich die jugoslawische Regierung der Sowjetregierung solche Dienste erweisen und sie von der Nützlichkeit einer Zusammenarbeit überzeugen möchte. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir die Wandlungen untersuchen, die die jugoslawische Außenpolitik und insbesondere das Verhältnis Jugoslawiens zur Sowjetunion in den letzten Jahren durchgemacht hat.

Um das Ergebnis der Untersuchung gleich vorwegzunehmen: die Politik der jugoslawischen Regierung und Parteileitung gegenüber der Sowjetunion ist von der Hoffnung getragen, in der Gemeinschaft kommunistischer Länder und in der kommunistischen Weltbewegung eine Rolle als gleichberechtigter Verbündeter der Sowjetunion zu spielen.

Die Staatsmänner und Publizisten lassen sich bei der Prüfung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen auch heute noch von einem gefährlichen Trugschluß leiten: nämlich davon, es sei für einen kommunistischen Staat kein anderes Verhältnis zur Sowjetunion denkbar als Gegnerschaft oder blinde Unterwerfung und Gefolgschaft.

Deshalb wird die Frage nach den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen immer falsch gestellt, nämlich so: Ist Jugoslawien wieder in Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten, oder hat die jugoslawische Regierung wenigstens die Absicht, auf ihre Selbständigkeit zu verzichten und in das alte Satellitenverhältnis zurückzukehren? Die Antwort darauf ist selbstverständlich: Nein. Und nun folgt der Trugschluß: Man nimmt ohne weiteres an, dies bedeute, daß Jugoslawien auch heute noch im Grunde genommen eine gegen die Sowjetunion gerichtete Politik betreibt.

Man läßt dabei außer acht, daß neben Unterwerfung und Gegnerschaft heute in der kommunistischen Welt auch noch ein anderes Verhältnis zur Sowjetunion denkbar und möglich ist, nämlich eben ein gleichberechtigtes Bündnisverhältnis.

## Auflösung der sowjetischen Hegemonie

Gewiß pochte Stalin auf die absolute Hegemonie der Sowjetunion über die kommunistischen Länder und die kommunistische Weltbewegung. Aber seit seinem Tode haben sich die Verhältnisse in der kommunistischen Welt geändert. Wer das feststellt, setzt sich zwar dem Vorwurf aus, er sei ein gefährlicher Illusionist. Aber in Wirklichkeit sind diejenigen in einer gefährlichen Illusion befangen, die keine Änderungen sehen wollen und von der These ausgehen, man habe es weiterhin mit einer straff disziplinierten, monolithischen, von einer Mos-

kauer Zentrale aus geleiteten Bewegung zu tun. Gefährlich ist diese Illusion, weil es im Kriege und in der Politik immer gefährlich ist, Änderungen der Verhältnisse zu übersehen und mit der alten, anderen Situation angepaßten Strategie und Taktik weiterzukämpfen.

In Tat und Wahrheit war schon Stalin in seinen letzten Lebensjahren in einem verzweifelten und aussichtslosen Kampf um die Aufrechterhaltung der sowjetischen Hegemonie begriffen. Dieser Kampf war spätestens von dem

Momente an aussichtslos, als die Kommunisten in China die Macht ergriffen.

Zunächst fügte sich zwar das kommunistische China zu Lebzeiten Stalins noch in die äußere Form eines Satellitenverhältnisses, indem es der Sowjetunion die Militärbasis von Port Arthur einräumte und in die Bildung gemischter chinesisch-sowjetischer Gesellschaften einwilligte. Aber schon damals hatte die Sowjetunion keine wirklichen Möglichkeiten, dem Regime von Peking ihren Willen aufzuzwingen. Stalins Nachfolger fügten sich dem Unvermeidlichen und erkannten China als gleichberechtigten Bündnispartner an. An dieser Anerkennung ändert sich auch nichts mehr, wenn Mao heute in Worten der Sowjetunion die Führerrolle einräumt. In Wirklichkeit kann Moskau den chinesischen Kommunisten weder in ihre inneren Verhältnisse noch in die asiatische Außenpolitik dreinreden, und es war schon mehr als einmal gezwungen, in seiner europäischen Politik — nämlich in seinen Beziehungen zu Polen — auf chinesische Mahnungen Rücksicht zu nehmen.

Faktisch besteht die sowjetische Hegemonie über die kommunistische Welt also schon heute nicht mehr. Es gibt heute in dieser Welt schon einen der Sowjetunion gleichberechtigten Bündnispartner — China.

Aber wie kann das kommunistische Regime Jugoslawiens, eines keine 18 Millionen Einwohner zählenden, wirtschaftlich und militärisch schwachen Kleinstaates, Anspruch auf eine ähnliche Rolle wie das chinesische Ries Reich erheben?

Die Antwort auf diese Frage ist zunächst, daß der Anspruch Jugoslawiens, innerhalb des Sowjetblocks eine selbständige Rolle zu spielen, schon zum Ausbruch des Kominformkonfliktes führte und daß dieser Konflikt im Mai 1955 durch ein feierliches Schuld- und Reuebekenntnis der Russen auf dem Belgrader Flugplatz beendet wurde.

Wenn man feststellt, daß der Kominformkonflikt durch das Bestreben Jugoslawiens herbeigeführt wurde, innerhalb des Ostblocks eine selbständige Rolle zu spielen, so ist das keine bloße Behauptung. Diese Feststellung ist vielmehr durch zahlreiche, durchaus glaubwürdige Äußerungen in offiziellen jugoslawischen Dokumenten belegt.

Selbständig, ja den Befehlen Moskaus entgegengerichtet war schon die Politik der jugoslawischen Kommunisten während des zweiten Weltkrieges. Während Stalin aus Rücksicht auf seine angelsächsischen Verbündeten den jugoslawischen Kommunisten die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Widerstandsbewegung Drascha Mihailowitsch befahl, führten sie in Wirklichkeit einen Vernichtungskrieg gegen Mihailowitsch und wandelten den Befreiungskrieg in eine soziale Revolution um.

In den ersten Nachkriegsjahren führte Tito auch eine selbständige, höchst aggressive Außenpolitik gegenüber den Westmächten, was dreimal zu ernstesten Konflikten mit Moskau führte. In der Frage Triests und in der Frage der Grenz-  
ziehung mit Österreich stellten die Jugoslawen

Ansprüche, die von Moskau nicht genügend unterstützt wurden, und in der Triester Angelegenheit schreckten sie nicht vor einem öffentlichen Protest gegen die von Moskau mitunterzeichnete Regelung zurück. Überdies gingen sie auch in der Frage des griechischen Bürgerkrieges nicht mit Moskau einig. Sie waren in diesem Krieg die treibende Kraft und wiesen im Frühjahr 1948, wie aus Dedijers autorisierter Tito-Biographie hervorgeht, die Mahnung Stalins zurück, das „griechische Abenteuer“ zu beenden.

Eine selbständige Außenpolitik führte Tito in jenen ersten Nachkriegsjahren auch gegenüber den kommunistischen Nachbarländern Jugoslawiens. Gegen den Willen Stalins suchte er diese Länder zu einer südosteuropäischen Föderation zusammenzufassen.

Selbständig war in jenen Jahren auch die Wirtschaftspolitik Jugoslawiens. Der jugoslawische Fünfjahrplan wurde gegen den Einspruch Moskaus begonnen.

Selbständig war schließlich die Militärpolitik Jugoslawiens. Sie ging auf die Entwicklung der Partisanenarmee zu einer alle Waffengattungen umfassenden, zu selbständigen Operationen

fähigen Truppe aus, was Moskau durchaus nicht zulassen wollte.

Und selbständig ging Jugoslawien damals auch noch beim Aufbau seiner politischen Polizei vor, indem es der NKWD jede Kontrolle und Oberleitung verweigerte.

Dies waren die Gründe, die Stalin zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform bewogen. Da er das Land nicht auf den Stand eines willfährigen Satelliten reduzieren konnte, wollte er es lieber ganz aus der kommunistischen Welt entfernen und ins Lager der Gegner hinübertreiben.

Der Nervenkrieg, den Stalin gegen Jugoslawien führte — Wirtschaftsblockade, unaufhörliche, durch die kommunistischen Nachbarländer provozierte Grenzzwischenfälle, drohende Konzentrationen sowjetischer Truppen im ungarischen und rumänischen Grenzgebiet, intensivste antijugoslawische Propagandakampagne in Radio und Presse —, wurde fast unmittelbar nach seinem Tode eingestellt. Und schon im Sommer 1953 wurden die diplomatischen Beziehungen durch den Austausch von Botschaftern normalisiert.

## Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien

Rund anderthalb Jahre lang schien sich die Änderung der Jugoslawienpolitik Moskaus auf die Normalisierung der rein wirtschaftlichen Beziehungen bei unverminderter Feindschaft der Parteien zu beschränken. Erst in den letzten Monaten der Regierung Malenkows trat ein Wechsel ein: es wurden Besprechungen über die Beilegung des Konfliktes auch zwischen den kommunistischen Parteien der beiden Länder eingeleitet. Nach wechselvollem Verlauf führten sie im Mai 1955 zur Reise einer von Parteisekretär Chruschtschow und Ministerpräsident Bulganin geleiteten Delegation nach Belgrad. Diese sowjetische Delegation wurde damals als reine Regierungsdelegation ausgegeben. Erst ein Jahr später gab Bulganin in einer Presseerklärung zu, daß sie in gleichem Maße eine Parteidelegation gewesen war.

Schon bei der Ankunft auf dem Belgrader Flugplatz legte Chruschtschow ein Schuld- und Reuebekenntnis ab, das in der Anerkennung der jugoslawischen Kommunisten als einer auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden Partei und in der formellen Einladung dieser Partei zur freundschaftlichen Zusammenarbeit gipfelte. Und in der Belgrader Erklärung vom 2. Juni 1955 anerkannte die Sowjetunion das in den Jahren des Kominformkonfliktes entwickelte neue jugoslawische Wirtschaftssystem — eine auf der Selbständigkeit der Betriebe beruhende, dirigierte Marktwirtschaft — als „konkrete Erscheinungsform des Sozialismus“. Ferner wurde in dieser Deklaration das Prinzip der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und das Recht auf den „eigenen Weg zum Sozialismus“ anerkannt.

Es ist klar, daß das Verhältnis Jugoslawiens zur Sowjetunion und zur kommunistischen Welt

durch diese vollständige Rehabilitierung grundlegend geändert wurde. Im Westen erkannte man das freilich erst viel später: zunächst wurde die Belgrader Reise einfach als ein mißlungener, plumper Versuch der Russen interpretiert, die Jugoslawen durch schöne Worte in das alte Satellitenverhältnis zurückzulocken, das in Wirklichkeit, wie wir gesehen haben, gar nie bestand.

Aber man soll doch Leute wie Chruschtschow und Mikojan nicht für dumm halten. In den Verhältnissen des Westens mögen sie sich nicht auskennen, aber man darf nicht annehmen, daß sie ihre ureigensten Angelegenheiten nicht verstehen.

Sie hatten es selber miterlebt und mußten sich genau daran erinnern, wie die Selbständigkeitsbestrebungen Jugoslawiens zum Kominformkonflikt geführt hatten. Seither hatte sich nichts, aber auch gar nichts ereignet, was die Sowjetführer zur Annahme veranlassen konnte, Tito sei nun um den Preis einiger schöner Worte zu dem Gehorsam bereit, den er Stalin selbst unter massivsten Drohungen verweigert hatte. Im Gegenteil, Tito war bisher nur noch selbständiger und stärker geworden.

Es mußten also andere Erwägungen sein, die die Sowjetführer zu ihrer erstaunlichen ideologischen und politischen Kapitulation veranlaßten. Da war einmal die erschreckende Schwäche der sowjetischen Position in Südosteuropa, namentlich in Ungarn. Die Außenwelt ist sich dieser Schwäche erst im Oktober 1956 bewußt geworden. Den Sowjetführern war sie seit langem bekannt. Schon im Sommer 1953 hatten sie durch einen mißlungenen Reformversuch die Lage in Ungarn sanieren wollen.

In ganz Südosteuropa war einzig die kommunistische Partei und das Regime Titos stark, diszipliniert und schlagkräftig. Es wäre unter diesen Umständen ein politischer Unsinn schlimmster Sorte gewesen, ausgerechnet mit dieser einen, wirklich starken Partei in Unfrieden zu leben. Wenigstens einem Teil der Sowjetführer mußte da sogar die von Stalin abgelehnte Konzeption einer südosteuropäischen Föderation unter jugoslawischer Führung als willkommener Ausweg aus den Schwierigkeiten erscheinen, wenn es auf diese Weise nur gelang, die Lage in Südosteuropa zu stabilisieren und die Völker dieses Raumes im kommunistischen Lager zu halten.

Zweifellos spielten aber für einen Teil der Sowjetführer sowjetische innenpolitische Erwägungen eine Rolle. Damals war innerhalb der sowjetischen Staats- und Parteiführung der Kampf um jenes Reformprogramm schon in vollem Gange, das später unter dem Namen „Entstalinisierung“ bekannt geworden ist. Auch die ersten Rehabilitierungen im Rahmen der Entstalinisierung waren schon vollzogen: so am 1. Mai 1955 diejenige der 1938 auf Befehl Stalins hingerichteten polnischen Kommunistenführer.

Tito aber war der Antistalinist Nummer Eins. Den sowjetischen Reformern mußte er als unentbehrlicher Bundesgenosse erscheinen. Und mehr noch: Der Kominformkonflikt war so eng mit den innenpolitischen Verbrechen Stalins verknüpft, daß eine „Entstalinisierung“ ohne vollständige Rehabilitierung Titos mit all ihren Konsequenzen überhaupt unmöglich erschien.

So steht die sowjetische Jugoslawienpolitik im engsten Zusammenhang mit der sowjetischen Innenpolitik, mit der Auseinandersetzung zwischen „Stalinisten“ und „Reformern“. Dabei ist zu beachten, daß das Ziel der mit Tito verbündeten „Reformer“ — und auch Titos selbst — durchaus nicht der Abbau der kommunistischen Parteidiktatur ist, sondern im Gegenteil eine ideologische und politische Erneuerung des Kom-

munismus, die ihm seine alte Stoßkraft wiedergibt.

Und seit der ungarischen Revolution ist Tito noch durch ein weiteres Band mit der Sowjetunion verknüpft: nämlich durch das gemeinsame Interesse an einer inneren Konsolidierung des Sowjetblocks. Denn durch ein freies, nichtkommunistisches Ungarn an seiner Nordostgrenze wäre auch Titos eigenes Regime in ernste Gefahr geraten. Darum hat er in seiner Rede in Pola die zweite sowjetische Intervention als eine — allerdings bedauerliche — Notwendigkeit bezeichnet und in der gleichen Rede Kadar und seine Leute die „besten Leute in Ungarn“ genannt.

Allerdings führten die ungarischen Ereignisse zu einer neuen Entfremdung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien. Aber schon im Sommer 1957 trat mit der Entfernung des entschiedensten Antititoisten Molotow aus der sowjetischen Partei- und Staatsführung eine erneute Besserung der Beziehungen ein. Der Beweggrund der Anerkennung des Sowjetzonenstaates war zweifellos der Wunsch Titos, die Stellung der mit ihm verbündeten Gruppe in der Sowjetführung weiter zu verbessern und einen triumphalen Empfang bei der Ankunft in Moskau zu den Revolutionsfeiern vom November vorzubereiten. Denn die Politik von Männern wie Tito gegenüber der Sowjetunion unterscheidet sich grundsätzlich von der Sowjetpolitik westlicher Staatsmänner. Während diese „Moskau“ als ein geschlossenes Kollektiv betrachten, das seine Entscheidungen nach schwer zu ergründenden doktrinen oder machtpolitischen Erwägungen fällt, treiben Tito, Mao, Gomulka und andere kommunistische Politiker auf Grund ihrer persönlichen Kontakte und Personenkenntnisse gewissermaßen Kremlpolitik von innen heraus. Durch ihre Handlungen und Reden versuchen sie, die Stellung ihrer Freunde innerhalb der Sowjetführung zu stärken, die Stellung ihrer Gegner zu erschweren.

## Tito muß sich auf den Westen stützen

Wir sehen also, daß Titos Hoffnung, innerhalb des Sowjetblocks eine selbständige Politik zu treiben, trotz der Schwäche seines Landes gar nicht so unreal ist, wie sie auf den ersten Blick zu sein scheint. Mehr noch: sie ist gar keine bloße Hoffnung, sondern Tito hat in den letzten zwei Jahren schon mehr als einmal in die Politik des Blocks aktiv eingreifen können.

An eine für ihn peinliche Voraussetzung ist freilich sein selbständiges Auftreten innerhalb des Blockes gebunden. Mindestens so lange, bis er seine politische Basis durch Schaffung einer südosteuropäischen Föderation entscheidend gestärkt hat, muß er formell außerhalb des Sowjetblocks bleiben. Als Chef eines kleinen, militärisch schwachen, auf massive Wirtschaftshilfe angewiesenen Landes könnte er im Sowjetblock seine Selbständigkeit nicht bewahren. Er muß sich auf ausländische, nicht aus dem Sowjetlager stammende Hilfe stützen können.

Seine Lage ist also höchst paradox: um in der kommunistischen Welt eine Rolle spielen zu können, um seine Politik einer ideologischen Erneuerung und politischen Konsolidierung des Kommunismus betreiben zu können, muß er mit dem einen Fuß außerhalb dieser Welt stehen, sich auf nichtkommunistische Mächte stützen können.

Darum war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik für ihn ein so schwerer Schlag. Es steht außer Zweifel, daß er nicht mit diesem Abbruch rechnete. Die Westmächte hatten ihn bisher mit so großer Geduld behandelt, ihm so vieles durchgehen lassen, daß er annehmen durfte, man werde auch dieses noch hinnehmen. Wenn auf deutscher Seite überhaupt ein Fehler gemacht wurde, dann der, daß man ihn nicht eindrücklich genug vor der unvermeidlichen Folge seines Schrittes warnte und diese Warnung nicht durch die amerikanische Regierung sekundieren ließ.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik allein wäre vielleicht für Tito noch tragbar gewesen. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten sah sich durch diese Maßnahme zur Erklärung gezwungen, sie werde ihre Politik gegenüber Jugoslawien überprüfen. Jede weitere Annäherung an Moskau hätte Jugoslawien in unmittelbare Gefahr gebracht, der amerikanischen Wirtschaftshilfe verlustig zu gehen, die Sympathie des Westens überhaupt zu verlieren und ganz in das sowjetische Lager hinübergetrieben zu werden. Und nun zeigte es sich, daß Tito nicht bereit war, diese Konsequenzen zu ziehen. Nebenbei gesagt wäre die Ankunft Jugoslawiens als westlicher Hilfe beraubtes, um massive Kredite ersuchendes neues Mitglied des Ostblocks wohl auch für die Sowjetführer eine peinlich unangenehme Überraschung gewesen: sie haben mit politischen und wirtschaftlichen Sorgenkindern in ihrem Lager — von China über Ungarn und Polen bis Albanien — schon heute zu viel zu tun, um sich über einen Familienzuwachs zu freuen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß „Moskau“ oder irgendwelche maßgebende Leute in Moskau, wirklich die Eingliederung Jugoslawiens in den Ostblock als bloßer Satellit wünschen, denn dem Propagandagewinn würden schwerwiegende wirtschaftliche und politische Nachteile gegenüberstehen. Wenn von Zeit zu Zeit derartige Ansinnen an Tito gestellt werden, so handelt es sich zweifellos um Manöver seiner Gegner, die nur eine neue Entfremdung herbeiführen und sich den gefährlichen Mann so weit wie möglich vom Leibe halten wollen.

Aber auch für seine Freunde in Moskau würde Tito als willfähriger Satellit jeden Wert verlieren. Denn dieser Wert liegt ja gerade im Prestige Titos und in seinen Beziehungen zum Westen, in dem durch eine Zusammenarbeit mit Jugoslawien gebotenen Möglichkeiten, vom starren Schema der Stalinschen Außenpolitik, von der Konzeption der in unversöhnlicher Feindschaft einander gegenüberstehenden zwei Lagern loszukommen.

Gerade das, was man im Westen fürchtet, nämlich die Kapitulation Titos vor Moskau, die Erniedrigung Jugoslawiens auf den Status eines Satelliten, steht also in Wirklichkeit gar nicht zur Diskussion und ist gar keine reale Möglichkeit. Darum hat auch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik keineswegs die gefürchtete Wirkung gehabt, Tito vollends ins östliche Lager zu treiben.

Der Entschluß Titos, die Einladung zur Moskauer Feier des vierzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution abzulehnen, ist offiziell mit Erkrankung, inoffiziell aber mit der Empörung Titos über die plötzliche Absetzung seines angeblichen „alten Freundes“ Marschall Schukow begründet worden.

Die zweite Begründung widerlegt die erste. Aber auch sie ist ganz unglaubwürdig, denn in den Monaten vor seinem Sturz war von jugoslawischen Diplomaten und Journalisten eine intensive Flüsterkampagne gegen Schukow geführt worden. Sie erklärten jedem, der es hören

wollte, daß Schukow der mächtigste Mann der Sowjetunion geworden sei und daß er immer wieder Chruschtschows jugoslawienfreundliche Politik sabotiere. Polnische Journalisten, die im September mit ihrer Regierung- und Parteidelegation nach Jugoslawien reisten, kamen mit dem Eindruck zurück, in den jugoslawischen Parteikreisen herrsche größte Besorgnis wegen der Möglichkeit einer Militärdiktatur in der Sowjetunion.

Als Kriegsminister Schukow dann im Oktober selber nach Jugoslawien reiste, hielt er in Belgrad eine höchst taktlose Rede, in welcher er u. a. an einen alten Ausspruch Titos erinnerte, Jugoslawien verdanke seine Befreiung der Sowjetarmee, und in der er auch panslawistische Töne anschlug, die gar nicht mit der politischen Linie Titos und Chruschtschows in Einklang zu bringen waren.

Es ist unerfindlich, weshalb die Absetzung dieses höchst unbequemen Mannes Tito zur Absage seiner Moskauer Reise veranlaßt haben sollte. Aber indem er seine Absage kurz nach dem Sturz Schukows bekanntgab, konnte er vor den Augen der westlichen Welt den wahren, peinlichen Grund seines Verzichtes verdecken: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Bonn hatte seine Beziehung zum Westen überhaupt derartig gefährdet, daß er sich eine Moskauer Verbrüderungsszene mit den Führern des Weltkommunismus einfach nicht mehr leisten konnte.

Das Fernbleiben Titos von den Moskauer Festlichkeiten mußte notgedrungen bei den anschließenden Beratungen der kommunistischen Parteien die Position seiner Gegner stärken. Die dabei ausgearbeitete ideologische politische Deklaration der zwölf kommunistischen Regierungsparteien enthält Formulierungen, denen die von Titos Stellvertreter, Kardelj, geführte jugoslawische Delegation unmöglich zustimmen konnte. Es fragt sich allerdings, ob die Jugoslawen angesichts der Tatsache, daß damals die amerikanische Regierung gerade ihre Jugoslawienpolitik „überprüfte“ und noch zu keinem Beschluß über die Fortsetzung ihrer Wirtschaftshilfe gelangt war, die Unterzeichnung gewagt hätten, wenn das Dokument besser ihrem Standpunkt entsprochen hätte. Nach allem, was bisher über die Moskauer Tagung durchgesickert ist, verzichtete die jugoslawische Delegation überhaupt von Anfang an auf die Teilnahme an der Ausarbeitung der Deklaration und somit auf die Möglichkeit, ihren Wortlaut zu beeinflussen. Lediglich unter ein von allen anwesenden kommunistischen Parteien unterzeichnetes zweites Dokument, ein allgemein gehaltenes und politisch belangloses Friedensmanifest, setzten die Jugoslawen ihre Unterschrift. Dieses Manifest wurde auf Vorschlag der befreundeten polnischen Delegation ausgearbeitet. Sein Zweck scheint ausschließlich der zu sein, die jugoslawische Unterschrift doch noch auf irgendeine gemeinsame Erklärung zu bekommen und so den Eindruck eines vollständigen Bruchs zwischen Jugoslawien und der kommunistischen Weltbewegung zu vermeiden.

Indem sie das Friedensmanifest der kommunistischen Parteien unterzeichneten, gaben die Jugoslawen ihrer Bereitschaft Ausdruck, die 1955 wiederhergestellten Beziehungen zur kommunistischen Weltbewegung aufrechtzuerhalten, um von den kommunistischen Parteien aller Länder weiterhin als eine Bruderpartei betrachtet zu werden. Gleichzeitig taten sie ihr Möglichstes, um gegenüber dem Westen den Eindruck eines vollständigen Bruchs mit Moskau zu erwecken. Noch am Tage der Veröffentlichung der Moskauer Deklaration gab der jugoslawische Botschafter in Moskau bekannt, daß das Fehlen der jugoslawischen Unterschrift auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen sei. Bald darauf beschloß das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunisten formell, die Deklaration abzulehnen. Und westlichen Pressevertretern wurde eingeflüstert, man erwarte nun die Auslösung einer neuen ideologischen Kampagne gegen Jugoslawien durch Moskau.

Diese Taktik war erfolgreich. Die amerikanische Regierung beschloß die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe. Die amerikanische Militärhilfe an Jugoslawien allerdings ist in allseitigem Einverständnis eingestellt worden; ihre Fortführung wäre auf allzu große Widerstände im amerikanischen Kongreß gestoßen.

Um das Mißtrauen des Westens ganz zu beseitigen, wird nun in Belgrad eine formelle Neu-

tralitätserklärung der jugoslawischen Regierung erwogen. Das würde einerseits im Westen den Eindruck eines Bruchs Titos mit Moskau verstärken und stünde andererseits keineswegs im Widerspruch zu den langfristigen Plänen der Freunde Titos in Moskau, d. h. derjenigen Gruppe innerhalb der Sowjetführung, die die Abkehr von der starren Außenpolitik der „zwei Lager“, den Übergang zu einer elastischen, auf Schaffung einer neutralen Zone gerichteten Außenpolitik befürwortet.

Immerhin darf festgestellt werden, daß die bisherigen Folgen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen in Belgrad durch die Bundesrepublik für den Westen keineswegs nachteilig waren. Die einzig glaubwürdige Erklärung für die Absage der Moskautreise Titos ist, daß er nach dem Abbruch der Beziehungen durch Bonn diese Reise nicht mehr wagen konnte, weil das seine Beziehungen zum Westen allzusehr belastet hätte. Aber wer einen kausalen Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen leugnet oder für unwahrscheinlich hält, wird zugeben müssen, daß der Abbruch der Beziehungen keineswegs die gefürchtete Auswirkung gehabt hat, Tito noch weiter ins östliche Lager zu treiben, sondern daß sich der Abstand Jugoslawiens von diesem Lager seitler im Gegenteil wieder vergrößert hat.

## Titos Gratwanderung zwischen Ost und West

Fassen wir kurz zusammen:

Die von der jugoslawischen Regierung angegebenen Gründe für die diplomatische Anerkennung des Sowjetzonenstatus sind nicht stichhaltig. Diese Anerkennung war vielmehr offensichtlich eine Gefälligkeit, die Tito der Sowjetregierung erwies.

Bei Untersuchung der Frage, weshalb Tito der Sowjetregierung derartige Gefälligkeiten erweist, kommen wir zum Ergebnis, daß er die Hoffnung hegt, innerhalb der kommunistischen Welt eine selbständige Rolle neben der Sowjetunion zu spielen.

Diese Hoffnung ist nicht so unsinnig, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Jugoslawien strebte schon in den ersten Nachkriegsjahren nach einer selbständigen Rolle innerhalb des Sowjetblocks und wurde deshalb aus dem Block ausgestoßen. Dieser Konflikt ist jedoch seither durch ein formelles sowjetisches Schuld- und Reuebekenntnis beigelegt worden. Wenn schon Stalin Mühe hatte, die sowjetische Hegemonie über die kommunistische Weltbewegung zu sichern, so ist das für seine Nachfolger vollends eine unlösbare Aufgabe geworden. Infolgedessen ist wenigstens ein Teil der sowjetischen Partei- und Staatsführung bereit, Persönlichkeiten wie Tito in der Bewegung zu dulden und mit ihm zu beidseitigem Nutz und Frommen zusammenzuarbeiten.

Da aber Titos Operationsbasis — ein kleines, militärisch und wirtschaftlich schwaches Land — so schmal ist, kann er nur so lange eine selbständige Rolle innerhalb der kommunistischen

Welt spielen, als er sich auf auswärtige Mächte stützen kann. Ohne derartige Unterstützung wäre Jugoslawien ein Satellit wie jeder andere. Darin liegt die für Tito lebenswichtige Bedeutung guter Beziehungen zu den Westmächten.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik hatte deshalb nicht eine weitere Annäherung Jugoslawiens an den Ostblock zur Folge. Weil durch den Abbruch die lebenswichtigen Beziehungen Jugoslawiens zum Westen gefährdet wurden, rückte Tito vielmehr wieder ein Stück vom Osten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an Jugoslawien, die ja nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen, sondern zum Teil auch politisch bedingt sind.

Zunächst ist da die Frage der Wiedergutmachung von Kriegsschäden zu nennen. Jugoslawien ist im April 1941 von den Achsenmächten überfallen worden und hat in der Folge ungeheure Opfer an Gut und Blut erlebt. Das Argument, daß diese Opfer zum Teil durch einen innerjugoslawischen Bürgerkrieg verursacht wurden, ist nicht stichhaltig. Denn der Hauptschuldige an der Auslösung dieses Bürgerkrieges, das kroatische Ustaschi-Regime, war ein Instrument der deutschen und italienischen Besatzungsmächte. Nebenbei gesagt waren es die Schlächtereien der Ustascha-Banden, die große Teile der Bevölkerung Jugoslawiens in die Arme der kommunistischen Partisanen trieben.

Die Opfer an Blut und Leiden können gar nicht wiedergutmacht werden. Was aber die Wiedergutmachung materieller Schäden durch Deutschland anbelangt, so muß hier eine von der jugoslawischen Regierung stets verschwiegene Tatsache erwähnt werden: In dieser Hinsicht ist schon in den ersten Nachkriegsjahren außerordentlich viel getan worden.

Wohl in keinem anderen Lande ist von deutschen Kriegsgefangenen — sie standen seit 1945 im Arbeitseinsatz — so viel zum Wiederaufbau beigetragen worden wie in Jugoslawien. Sie wurden, mindestens 60 000 an der Zahl, in größtem Umfang in der jugoslawischen Wirtschaft eingesetzt. Dazu kamen noch zahlreiche deutsche Spezialisten, Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker, die in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland selbst zu für Jugoslawien sehr günstigen Bedingungen angeheuert wurden. Nicht nur am eigentlichen Wiederaufbau hatten deutsche Kriegsgefangene und freie Fachkräfte entscheidenden Anteil, sondern auch am jugoslawischen Fünfjahrplan. Fast alles, was vom Fünfjahrplan tatsächlich verwirklicht wurde, ist unter faktischer Leitung deutscher Fachkräfte geschaffen worden; das meiste ist überdies auch auf deutsche Planung zurückzuführen. Diese Leistungen waren angesichts dessen, was den Völkern Jugoslawiens während des Krieges zugefügt wurde, selbstverständliche

Menschenpflicht. Immerhin ist es merkwürdig, daß sie von der jugoslawischen Regierung nie auch nur mit einem Wort öffentlich anerkannt worden sind, obwohl das der internationalistischen, die Völkerversöhnung predigenden leninistischen Staatsideologie Jugoslawiens durchaus entsprochen hätte. Man kann dieses auffällige Schweigen der jugoslawischen Regierung kaum anders als mit der Befürchtung erklären, daß jede öffentliche Anerkennung des deutschen Beitrags zum Wiederaufbau und zum Fünfjahrplan die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen beeinträchtigt hätte.

Bei der Erteilung namhafter deutscher Kredite an Jugoslawien spielte ferner das allgemeine Interesse der freien Welt an der Erhaltung der jugoslawischen Selbständigkeit eine wesentliche Rolle. Die Frage nach der Berechtigung dieser Kredite ist gleichbedeutend mit der Frage nach der Berechtigung westlicher Finanzhilfe an das kommunistische Jugoslawien überhaupt.

In den Jahren des Kominform-Konfliktes war es zweifellos richtig, Jugoslawien durch wirtschaftliche Hilfe den Widerstand gegen den sowjetischen Druck zu ermöglichen, wobei es sich höchstens fragt, ob es wirklich klug war, diese Hilfe ohne jede politische Bedingung zu leisten. Heute stellt sich die Frage anders: Soll man Tito weiter ermöglichen, eine selbständige Rolle

in der kommunistischen Welt zu spielen? Das ist nicht leicht zu beantworten.

Einerseits ist Titos Ziel die ideologische und politische Konsolidierung des Kommunismus auf einer neuen Basis, was gewiß nicht im Interesse des Westens liegt.

Andererseits ist es fraglich, ob dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann. Titos politische Tätigkeit in der kommunistischen Welt kann u. U. zu einer weiteren Auflockerung des starren Gefüges des Ostblocks oder wenigstens zur Schaffung einer für Verhandlungen auf realistischer Grundlage günstigen Atmosphäre führen.

Eines aber steht fest: Es sollte in Zukunft einem vom Westen finanziell und politisch unterstütztem Tito nicht mehr gestattet werden, durch seine politischen Operationen westliche Interessen derartig grob zu verletzen, wie das durch die Anerkennung des Sowjetzonenregimes der Fall ist. Der Abbruch der Beziehungen zu Belgrad war die richtige Antwort darauf. Sie hat, wie die weiteren Ereignisse zeigen, in Belgrad einen durchaus heilsamen Schock ausgelöst.

**Anmerkung:**

*Halperin, Ernst*, Dr. phil., geb. am 5. 7. 1919 in Zürich. Seit 1949 mit Ostfragen beschäftigt. Auslandskorrespondent in Belgrad, Wien. Von dort aus verschiedene Reisen in die Satellitenländer. Zur Zeit Auslandskorrespondent in Warschau.